

Über sozialen Aufstieg

und den andauernden Kampf um gleiche Bildungschancen

Ayla Çelik

In der Corona-Pandemie haben einige politische Akteur*innen ein für sie neues Thema entdeckt: gleiche Bildungschancen. Um Kritik an der eigenen Politik zu delegitimieren, haben sich plötzlich Politiker*innen und Parteien, die vor der Pandemie und wahrscheinlich auch danach nichts mehr davon hören wollen, die Idee der Chancengleichheit zu Eigen gemacht. Dabei ist die Frage nach gleichen Bildungschancen die zentrale bildungspolitische Frage.

Spätestens mit den Ergebnissen von PISA 2000 hätte es selbst für die Letzten, die glaubten, das deutsche Bildungswesen würde sozialen Aufstieg fördern, klar sein müssen, dass das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung eine Illusion ist. Dabei ist diese Erkenntnis schon ziemlich alt: Bereits vor PISA 2000 wurde auf die Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem verwiesen. 1964 rief Picht die Bildungskatastrophe aus, ein Jahr danach sprach Dahrendorf über das Bürgerrecht auf Bildung und selbst einem Erzkonservativen wie Schelsky war im gleichen Jahr klar, dass Schule die „zentrale soziale Dirigierungsstelle“ ist und als „bürokratische Zuteilungsapparatur von Lebenschancen“ fungiert.

Und noch immer müssen wir feststellen, dass Schule, aber auch unsere anderen Bildungseinrichtungen, über Lebenschancen entscheiden – und das leider nicht auf einer gerechtfertigten Grundlage, sondern meistens auf Grund der sozialen Herkunft. Erst mit den PISA-Studien bekam dieses alte (und bekannte) Problem in der Öffentlichkeit wieder Gehör. Seitdem scheint die Empörung über die ungerechten Strukturen nur noch kurzweilig und anlassbezogen – zur Veröffentlichung von Vergleichsstudien etwa – aufzutauchen. Doch es lohnt sich, immer wieder auf strukturelle Schwächen des deutschen Bildungswesens hinzuweisen und aufzuzeigen, dass wir von gleichen Bildungs-

chancen noch weit entfernt sind. Entgegen allen Erkenntnissen der Bildungsforschung werden häufig Beispiele des sozialen Aufstiegs herangezogen, um die Durchlässigkeit und Funktionalität des Bildungssystems zu unterstreichen. Und gewiss: Es gibt Bildungsaufsteiger*innen. Jedoch sollten wir diese nicht als Regelfall annehmen oder deren Aufstieg auf andere übertragen; denn entgegen der Erzählung bleibt sozialer Aufstieg durch Bildung häufig die Ausnahme. Um die soziale Spaltung zu verdeutlichen: Nur 27 % der Kinder aus nicht akademischen Familien bekommen die Zugangsberechtigung für die Hochschule und nur 1 % von dieser Gruppe schafft es zu promovieren – Stichwort: Bildungstrichter! Gleichzeitig sehen wir Effekte des Stuserhaltes bei Kindern aus Akademiker*innenfamilien: So stammen beispielsweise 75 % aller Medizinstudierenden selber aus Akademiker*innenhaushalten. Offenbar scheint der Zugang zu bestimmten Institutionen und sozialen Platzierungen durch das Bildungswesen nicht nur reguliert zu werden, vielmehr wird die Möglichkeit eines Zugangs eher aufgrund der sozialen Herkunft als aufgrund der schulischen Leistung gewährt.

Für das Bildungswesen ist es ein Dilemma, dass auf der einen Seite eine gerechte Leistungsbeurteilung für wichtig erachtet wird, aber auf der anderen Seite es eben nicht die Leistungen sind, die hinterher über den Zugang zu bestimmten Studienplätzen und sozialen Platzierungen entscheiden. Deshalb ist das bildungspolitisch ein regelrechter Skandal: Das Bildungswesen reproduziert im Regelfall soziale Ungleichheit und die Politik tut nichts, um dies zu ändern.

Die Reproduktion sozialer Ungleichheit

Der britische Soziologe Paul Willis hat die Reproduktion sozialer Ungleichheit folgendermaßen zugespitzt: *How Working Class Kids Get Working Class Jobs*. Anders formuliert könnte auch gesagt werden: Wie Politik das Bürgertum zu schützen versucht. Die ureigenste Idee von Bil-

dung ist die Möglichkeit, mündig zu werden und autonom zu handeln; damit verbunden ist die Idee des sozialen Aufstiegs, der nicht immer von allen gewollt ist. Daher kann Bildung auch als die deutsche Antwort auf die französische Revolution gesehen werden (Bollenbeck), also in gewisser Weise als die konservative Entgegnung. Diese konservierende Funktion des Bildungswesens hält sich bis heute. Denn obwohl inzwischen immer mehr Schüler*innen Abitur machen und studieren wollen, verschärfen sich soziale Ungleichheiten. Wir sehen aktuell kein Aufweichen von sozialen Grenzen, im Gegenteil: Wir sehen zwar den Trend zur Höherqualifizierung, allerdings sehen wir kaum, dass Arbeiter*innenkinder in die Chefetagen von DAX-Konzernen kommen. Stattdessen verschärft sich der Qualifizierungsdruck in anderen Berufen: Wo früher ein Hauptschulabschluss ausgereicht hat, muss es heute mindestens ein mittlerer Schulabschluss oder gar Abitur sein. Dies ist nicht die Ermöglichung des sozialen Aufstiegs, sondern eindeutig Distinktion nach unten. Unser Kampf für gleiche Bildungschancen geht weiter!

Jetzt könnte man auf die Idee kommen, dass gerade ich das beste Beispiel dafür bin, dass unser Bildungssystem funktioniert: Ich bin mit 11 Jahren ohne Deutschkenntnisse eingewandert, habe einen Migrationshintergrund, bin Arbeiterkind, also in mehrfacher Hinsicht vorgezeichnet, keine gelungene Bildungsbiografie zu haben. Mein Fazit ist: Ich habe es nicht geschafft wegen, sondern trotz des selektierenden Schulsystems. Das erfordert einen immensen Einsatz, sowohl den persönlichen als auch den Einsatz von Lehrer*innen. Es darf aber nicht vom Ehrenamt der Lehrer*innen in ihrer Freizeit abhängen, ob Schüler*innen eine echte Chance zur Teilhabe erhalten und gefördert werden oder nicht. Lehrer*innen, Erzieher*innen brauchen Zeit und Raum, um individuell zu fördern und den Kindern dabei zu helfen, das Beste zu erreichen, wozu sie im Stande sind.

Soziale Ungleichheit hat sich verschärft

Aus der aktuellen Studie des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm, die er für den DGB erstellt hat (<https://ggg-web.de/z-ueberregional-diskurs/131/1695>, Anm. der Red.), geht hervor, dass die soziale Ungleichheit sich verschärft, die soziale Benachteiligung sich verstärkt hat. Wir wissen nicht erst heute, dass Kinder mit gleich guten

Schulleistungen im Übergang zu den weiterführenden Schulen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Herkunft unterschiedliche Empfehlungen für die weiterführenden Schulen bekommen.

Chancengleichheit herzustellen, muss bildungspolitische Leitlinie sein. Zum Beispiel brauchen wir mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, wir brauchen einen schulscharfen Sozialindex, der mit zusätzlichen Stellen gut ausgestattet ist. Aber Chancengleichheit gilt nicht nur für die Schulpolitik. So ist es z.B. selbstverständlich, dass nur Kitas mit deutlich mehr Personal ihrem Auftrag gerecht werden können.

Kinder sind, je nachdem aus welchen Verhältnissen sie kommen, unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt. Die sozial ungleichen Lebensbedingungen führen in der Praxis zu ungleichen Chancen: Bildungsbenachteiligt sind nach wie vor Kinder aus armen Verhältnissen, Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und Kinder mit Migrationsgeschichte und vorhandenen Sprachbarrieren. Wir haben ein Bildungssystem, das diese ungleichen Startbedingungen und -chancen nicht abfedert. Deshalb ist eine unserer Kernforderungen, dass der Bildungserfolg nicht von der Postleitzahl oder vom Geldbeutel abhängen darf: Die Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft!

*Forderung:
Die Entkopplung des
Bildungserfolgs von
der sozialen Herkunft!*

Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Lehrerin weiß ich, dass bei Kindern mit Migrationsgeschichte Sprache oft ein wichtiger und bestimmender Faktor ist, wenn es um Schulerfolg geht, aber auch wenn es um die Kommunikation in der Kooperation zwischen Elternhaus und Schule geht.

Über alle politischen Parteien hinweg konnte dieses strukturelle Problem nicht gelöst werden – aber es wird Zeit! GEW und GGG haben in den letzten Jahren gemeinsam für gleiche Bildungschancen gekämpft. Ich freue mich, diesen Kampf nun unterstützen zu können.